

Deutschland.

Berlin, 17. Septbr. [Amtliches.] Se. Majestät der König hat dem Gymnasial-Director Dr. Vogt zu Kassel, dem Ober-Amtsrichter Keyßer zu Hertenberg, dem Rechtsanwalt und Notar, Justiz-Rath Aufpach zu Meidenbach in Schlesien, und dem bisherigen Polizei-Districts-Commissarius zu Milschitz, von Schlichting, jetzt zu Jülich, den Rotten Adler-Orden vierter Klasse; dem Gymnasial-Oberlehrer Kiedel zu Kassel, dem Kammer-Musikus Wagner zu Wiesbaden und dem Amtsbogt Schiffer zu Gensbüren, Amts Vingen, den Königlich-Kronen-Orden vierter Klasse; dem pensionirten Steuer-Aufscher Schulz zu Nordstemmen, Amts Gronau, das Allgemeine Ehrenzeichen; sowie dem Vorkmanns-Maaten Lange und dem Ober-Matrosen Blank von der 2. Matrosen-Division und dem Kaufmann Heinrich Schäfer zu Gräfrath im Kreise Solingen die Rettungs-Medaille am Bande verliehen.

Se. Majestät der König hat den außerordentlichen Professor Dr. Eduard Kälz an der Universität zu Marburg zum ordentlichen Professor in der medicinischen Facultät an derselben Universität ernannt, und dem Regierungs-Rath von Sanden zu Cöslin den Charakter als Geheimer Regierungsrath, sowie dem Leberfabrikanten Theodor Simon zu Rinn, im Kreise Kreuznach, den Charakter als Commerzien-Rath verliehen. (M.)

— Berlin, 17. Sept. [Die Verhandlungen in Gastein.]

— Ausdehnung der Verwaltungsreform. — Ausschüsse des Bundesrathes. — Falsches Gerücht. — Gegen die confessionellen Hegerien. [Alle Augen sind in diesem Augenblick nach Gastein gerichtet; das Erscheinen des deutschen Botschafters in Paris, Fürsten Hohenlohe, bei dem Reichskanzler in Gastein wurde anfänglich durchaus in einem Sinne gedeutet, welcher den Ausgleich mit der römischen Curie nicht berührte. Ganz sicher wird man ja auch jetzt über die Verhandlungen zwischen Bismarck und Jacobini nur Vermuthungen Raum gönnen; indessen liegt es doch nahe, daß die Anwesenheit eines hohen Reichsbeamten bei dem Reichskanzler nicht außer Zusammenhang mit diesen Verhandlungen liegt, zumal wenn man sich vergegenwärtigt, wie nahe Fürst Hohenlohe, der Bruder des Cardinals, diesen Dingen steht, denen gegenüber sein Name schon in jener Zeit eine Rolle spielte, als er noch bairischer Ministerpräsident war. In hiesigen Centrumskreisen ist man voll Zuversicht in Bezug auf die eventuellen Resultate der jetzigen Gasteiner Verhandlungen. Man verleiht sich selbst bis zur Hoffnung auf Beseitigung oder doch auf Revision der Maigesetze. Indessen möchte es gerathen sein, in dieser Beziehung die Rechnung doch nicht ganz ohne den Wirth zu machen und zu bedenken, daß solche Erwartungen der bisherigen Haltung der Regierung wenig entsprechen und schließlich doch auch zu ihrer Realisirung eines Landtages bedürfen, wie er hoffentlich trotz alledem nicht zu erwarten ist. Interessant ist es übrigens, daß hier — abgesehen von einer einzigen Stelle — über Zusammenhang und Hergang aller dieser Dinge auch in den nahebestehenden Kreisen zuverlässiges nicht bekannt ist. — Unsere neuliche Mittheilung, wonach in der bevorstehenden Landtags-Session jedenfalls eine Ausdehnung der Verwaltungsreform zu erwarten sei, begegnete anfänglich Zweifeln, welche sich jetzt als unbegründet erweisen. Die reformatorischen Gedanken des Ministers des Innern bezüglich der Organisation der Verwaltungsbehörden bewegen sich in der Richtung, daß entgegen dem Plane, welcher 1875 vorgelegt wurde, in jeder Provinz für Schulwesen, Finanzen, Landwirtschaft, Domänen und Forsten collegialische Organe gebildet werden sollen, an deren Spitze der Regierungs-Präsident stände, so daß also diese Organisation nicht die Provinz, sondern die Bezirke in den Vordergrund stellt. Hiermit soll nun der Reichskanzler übereinstimmen, jedoch der Bildung von Collegialbehörden abgeneigt sein, während im preussischen Ministerium der Bildung von Collegien zugestimmt wurde. In dieser Beziehung möchte also noch eine Verständigung erübrigen. Jedenfalls würde die betreffende Vorlage der Ansicht entgegenstehen, als ob die bevorstehende Landtags-Session nur mit untergeordneten Gegenständen befaßt werden sollte. — Von den Ausschüssen des Bundesrathes wird zunächst jener für Zölle und Steuern die lebhafteste Thätigkeit bezüglich der Ausführung des Zolltarifs zu entfalten haben. Der Ausschuss ist heute befaßt mit der Vertheilung von Referaten und Besprechung über geschäftliche Behandlung des ihm theils zugegangenen, theils ferner zu unterbreitenden Materials zusammengetreten. — Die vielfach verbreitete Angabe, wonach ein Wechsel in der Besetzung des hiesigen russischen Botschafterpostens beabsichtigt wäre, ist, wie wir bestimmt erfahren, ohne thatsächlichen Anhalt und wäre an einen solchen, im Augenblick wenigstens, nicht zu denken. — Sehr bemerkt ist eine Ausführung der „Nordd. Allg. Ztg.“, welche sich gegen die confessionellen Hegerien innerhalb der jetzigen Wahlagitatio Wendet. Wir sind in der Lage, verbürgt melden zu können, daß dies widerwärtige Gebahren, zu dessen Trägern sich freilich Hofprediger und andere evangelische Geistliche hergeben haben, in höchsten Kreisen und an maßgebenden Stellen der Regierung laute und lebhafteste Mißbilligung gefunden hat. Das Gefäß des Herrn Kremer und anderer ultramontaner Heißsporne hat in jenen Kreisen, wie überall, nur einen komischen Eindruck gemacht. Im Uebrigen erfahren wir, daß bezüglich der gesammelten Ausschreitungen in der gebachten Richtung ernstlich von einem Einschreiten der Behörden bereits die Rede war.

Δ Berlin, 17. September. [Die Candidaten der verschiedenen Parteien nach ihrer Berufstellung.] Wenn man die bisherigen Candidaturen der verschiedenen Parteien mit einander vergleicht und sich nach den bisherigen Ansichten der einzelnen Parteien die künftigen Fractionen des Abgeordnetenhauses zusammenstellt, so erscheint es wahrscheinlich, daß die conservativen Parteien zu 3/4 aus Beamten aller Kategorien und nur zu 1/4 aus Gutsherrn, Rentnern und dergl. bestehen werden, die Fortschrittspartei hingegen zu 3/4 aus ländlichen Gutsherrn, während sich der Rest etwa zur Hälfte auf Gewerbetreibende, Aerzte, Schriftsteller, Rentner und zur Hälfte auf Communalbeamte, Professoren, Rechtsanwälte, Geistliche, Richter u. s. w. vertheilen wird. Die agrarischen Agitationen werden sich zu diesen Wahlergebnissen gar sonderbar ausnehmen. Die National-Liberalen der Forderungen Richtung scheinen leider von der Tactik, überall, wo es irgend angeht, in ländlichen Kreisen Gutsherrn und Gewerbetreibende und nicht Richter und Rechtsanwälte aufstellen zu lassen, noch nicht durchdrungen zu sein, daraus könnten für sie noch bedeutende Verluste erwachsen, da auch der noch nicht zu den Agrariern übergegangene Bauer ein großes Mißtrauen gegen die Juristen hegt. [Wahlbewegung in Berlin.] Der Vorstand des ersten Reichstagswahlkreises beschäftigte sich am Montag Abend in erster Linie mit

der Frage des Zusammengehens mit den National-Liberalen. Nach den Mittheilungen des Vorstehenden, Abgeordneten Rörde, ist Seitens des Vorstandes des national-liberalen Vereins die Zustimmung gegeben, daß die Mitglieder ihrer Partei für die von der Wahlmännerversammlung aufgestellten Candidaten wirken werden. Es wurde in Folge dessen beschlossen, einige Mitglieder jener Partei in den fortschrittlichen Wahlvorstand zu cooptiren und als vereinigte liberale Partei in den Wahlkampf zu gehen. Gleichzeitig wurde beschlossen, die schon früher in Aussicht genommene allgemeine Urwähler-Versammlung zu Montag oder Dienstag nach den „Reichshallen“ oder der „Berliner Flora“ einzuberufen, in welcher die Abgeordneten Bericht über ihre Thätigkeit erstatten sollen. Auch der Abgeordnete Klotz soll, besonders mit Rücksicht darauf, daß von einigen Seiten versucht worden, den Wunsch desselben, in seinem alten Kreise wieder zu candidiren, als ein Satzen nach einem Doppelmandat zu bezeichnen, was eine entschiedene Unwahrheit sei, zu dieser Versammlung eingeladen werden. In Bezug auf die Geldfrage wurde ein Beschluß dahin gefaßt, die Kosten der Agitation gemeinsam aus den Kassen des ersten und zweiten Reichstagswahlkreises nach dem Verhältnis der sich mit dem ersten Landtags-Wahlkreise bedenden Theile der beiden Reichstags-Wahlkreise zu bestreiten. Den Schluß der Versammlung bildete eine sehr eingehende Besprechung der Candidatenfrage, deren endgültige Entscheidung selbstverständlich den Wahlmännern überlassen bleiben muß, die jedoch innerhalb des Vorstandes mit allen gegen zwei Stimmen die Candidaturen Klotz, Hoffmann und Ludwig Löwe ergab. In Bezug auf Herrn Klotz wurde ausdrücklich betont, daß derselbe vor drei Jahren das Mandat im Teltower Kreise nur unter der Bedingung angenommen habe, in seinem alten Wahlkreise bei der nächsten Wahl wieder ein Mandat zu bekommen. Die Wahl desselben müsse also in erster Linie festgehalten werden.

[Der Uebergang zur neuen Justizorganisation.] So sehr man auch von Seiten der Justizverwaltung bemüht ist, bei Auflösung der alten Gerichte und bei Bildung der neuen Gerichtshöfe einer Störung im Geschäftsgange vorzubeugen, so wird, wie die „Magb. Ztg.“ ausführt, doch der Eintritt einer Art Justitium in den letzten Tagen dieses und in den ersten Tagen des nächsten Monats kaum zu vermeiden sein. Das Obergericht hat seine Thätigkeit mit dem 15. d. M. eingestellt. Alle übrigen Gerichte bemühen sich, diejenigen Sachen bis zum 1. October d. J. führen, deren Beendigung vor diesem Termine aus geschäftlichen Gründen besonders wünschenswert erscheint. Sonst dürften nur noch schleunige Sachen (Satz, Arrest, Wechseln u. s. w.) Aussicht auf Erledigung haben. Inzwischen vollzieht sich thatsächlich bereits die allmähliche Auflösung der alten Gerichtsbehörden. Namentlich ist man beschäftigt, die Acten der ergangenen ministeriellen Anweisung zufolge zu sortiren und zur Verfertigung an die neu zu bildenden Behörden bereit zu halten. Jedenfalls muß die Verpackung und Absendung vor dem 1. October geschehen, wodurch einige Tage in Anspruch genommen werden. Die gleiche Frist erfordert die Einrichtung der neuen Bureau's und die Constatirung der neuen Behörden, denn es liegt auf der Hand, daß die zahlreichen, zum Theil auf sehr weite Entfernungen verstreuten Justizbeamten nicht bis zum letzten September in ihrem alten Wohnorte thätig sein und mit dem 1. October ihre Thätigkeit am neuen Wohnorte aufnehmen können. Man wird ihnen nothwendig eine kurze Frist zu ihrer Ueberriedelung gestatten müssen, während ihre Vertretung in sehr vielen Fällen sich kaum wird ermöglihen lassen. Daß diese unermesslichen Verhältnisse hemmend auf den Geschäftsgang einwirken werden, ist klar. Unter diesen Umständen liegt es im Interesse des Publikums, alle gerichtlichen Geschäfte, welche Auspruch erleiden können, bis nach Zusammentritt der neuen Gerichtshöfe zu verlagern. Auch dann noch wird sich eine unter anderen Umständen ungewohnte Verzögerung der neu eingehenden Sachen nicht gut vermeiden lassen, weil die Gerichtshöfe bestrebt sein werden, vor allen Dingen die unter dem alten Verfahren anhängig gewordenen Sachen zu Ende zu bringen. Hiernach wird auch das Publikum bis zu einem gewissen Grade von der Justizorganisation in Mitleidenschaft gezogen werden.

Oesterreich.

* Wien, 16. Sept. [Andrassy und Savet Pascha.] Mit dem Einmarsch der Kaiserlichen in Priepolje ist „die Occupation des Limgebietes vollendet“, sagen unsere Officiellen, die dadurch, daß bei dieser zweiten Campagne „kein Schuß gefallen“, dermaßen in gute Laune versetzt sind, daß sie von einem „lustspielartigen Abschluß“ sprechen. Ob die Völker, welche die zerbrochenen Lörper zu zahlen haben, die Sache gar so lustig finden werden, bleibt abzuwarten. Jedenfalls werden „Presse“, „Fremdenblatt“, „Lloyd“ und takti quanti das Publikum nicht überzeugen, daß damit unsere Orientaction ihren Abschluß erreicht hat und wir uns nunmehr schon quasi re bene gesta vergnügen und aller Sorgen ledig die Hände reiben können. Kein vernünftiger Mensch vermag einzusehen, warum wir in Priepolje eher Halt machen können, als in Wissehrad. Erstens haben wir das Limgebiet auch noch lange nicht zur Hälfte im Sinne der Aprilconvention, der gemäß wir bis Bielopolje, hart an der Nordgrenze Montenegro's, vorrücken sollen, besetzt. Zweitens ist doch die Drina jedenfalls eine bessere Grenzlinie, als der Lim. Also hat drittens der Vormarsch nach Priepolje doch absolut keinen Sinn, wenn wir ihn nicht als eine Etappe zur vollständigen Realisirung des Artikels 25 im Berliner Vertrage mit seinem an dela de Mitrovitza, d. h. zur Debouchirung in das Amselfeld betrachten. Heute schon von einem „lustspielartigen Abschluß“ sprechen, ist daher ebenso tactlos wie widersinnig. Die Trabanten der Pressbureau's mit ihren Wigeleien über die Opposition, die „mit dem Schreckgespenst eines zweiten Maglaj“ die Leute „gruseln“ gemacht und eine „blutige Tragödie“ in Aussicht gestellt, sollten doch nicht vergessen, daß diese völlig unblutige Expedition auf Grund einer Convention mit der Pforte die schärfste Verurtheilung derjenigen Politik bildet, die uns vor einem Jahre durch ihre hartnäckige Weigerung, den Mahnungen der unabhängigen Blätter gemäß, vor dem Einmarsch in Bosnien ein Abkommen mit der Türkei zu treffen, das Vergnügen einer Mobilisirung von 300,000 Mann verschaffte. Auf die Gefahr hin, nochmals die vornehme Laus der Officiellen zu erregen, gestehen wir, daß uns da, wo es sich um Gut und Blut der Völker handelt, der komische Ausgang lieber ist, als alles Trauerspielpathos. Ein Jahr ist verfloßen, seitdem derselbe Savet Pascha, der heute wieder als Reis Effendi fungirt, seine famose „Gräuel-Note“ über den Einmarsch der Oesterreicher an die Mächte versandte, die mit den Worten schloß: „Der Einmarsch ohne Convention, weit entfernt, die Wiederherstellung von Ruhe und Ordnung herbeizuführen, werde nur unberechenbares Unglück über Bosnien und die Herzegowina heraufbeschwören und noch größeres Blutvergießen heraufbeschwören — ein Zustand der Dinge in crassum Widerspruch mit der Mission, die Oesterreich übernommen.“ Die Mächte sollten daher den Grafen Andrassy bewegen, der Türkei einen neuen Beweis seiner Freundschaft zu geben, indem er den Vormarsch sistire.“ Wie in einem Glasstone'schen Atrocities-Meeting wimmelte es in der Note von „Grausamkeiten, Uebermordung von Moslim, Massacrirung von Weibern und Kindern, Ermordung von Bauern und Hirten.“ — lauter Dinge, die Andrassy in seiner Antwort mit Recht als „verläumderische Insinuationen“ bei Seite schob, ohne „ein Wort

darüber zu verlieren.“ Heute verliest hier Edhem Pascha eine Note desselben Ministers, die das tiefste Bedauern über Andrassy's Rücktritt ausdrückt und die einzige Linderung des Schmerzes darin erblickt, daß Oesterreich sich von der Orientpolitik des Grafen nicht entfernen werde. Husni Pascha bahnt Kille die Wege — Alles verläuft so glatt, daß die den Pulverrauch gewöhnten Officiellen über den „lustspielartigen Ausgang“ vornehm die Nase rümpfen. Nun, die Völker wären recht zufrieden gewesen, wenn sich auch die vorjährige Campagne zu einem „Kustspiele“ gestaltet hätte. Der Gloire hätten sie gerne entbehrt, und nach der diesjährigen Expedition, sowie nach Savet's Note zu schließen, hätte man das haben können!

Frankreich.

○ Paris, 15. Sept. [Die Deputirtenwahl in Bordeaux.] — Die Wahlen in der Drôme und in den Côtes du Nord. — Zur Reform der Magistratur. — F. de Lespès. — Durchscheidung des Fithmus von Corinth. — Beerbigung Taylors. Die Vernunft hat in Bordeaux über die Parteilichkeit gelehrt; bei der gestrigen entscheidenden Abstimmung ist Blanqui, der Candidat der Intransigenten, unterlegen. Er erhielt nur 4540, sein Gegner Alhard aber 4698; die Mehrheit ist nicht sehr bedeutend, aber wenn man bedenkt, daß bei der ersten Abstimmung am 31. August Alhard und Métabier zusammen nicht so viele Stimmen aufbringen konnten als Blanqui, so erscheint das Resultat doch als ein günstiges für die gemäßigten Republikaner und die Politik der Regierung. Wenn das Ministerium auch keine eigentliche Sorge in Betreff der Wahl Blanqui's hegte, denn dieselbe wäre ohne jeden Zweifel aufs Neue von der Kammer cassirt worden, so fühlt man sich in den officiellen Kreisen doch jedenfalls erleichtert. Die Vetheiligung bei der Wahl war etwas stärker als am 31. August, aber es haben sich immer noch zwei Drittel der Wähler enthalten. Die Journale sind heute natürlich voll von diesem Ereigniß. Die gemäßigten republikanischen Blätter feiern den Triumph der Gerechtigkeit über die Anmaßung einer kleinen ultraradicalen Fraction, welche die Souveränität eines einzelnen Wahlbezirks an die Stelle der Landesouveränität, wie sie in den Kammern zum Ausdruck kommt, setzen will. Die antirepublikanische Presse ihrerseits verhehlt nur schlecht, daß sie den Erfolg Blanqui's gewünscht hätte, weil derselbe leicht den Ausgangspunkt einer Reaction in den Landbezirken hätte bilden können. Die Freunde Blanqui's endlich, an deren Spitze die „Mar-seillaise“ steht, gestehen zwar ihre Niederlage ein, versprechen sich aber eine Revanche. Um die beiden andern Deputirtenwahlen, die gestern in der Drôme und in den Côtes-du-Nord vollzogen wurden, hat man sich im Publikum wenig gekümmert. In Valens siegte der Republikaner Bizarelli über seinen politischen Glaubensgenossen Rivore. Im Guingamp ist der republikanische Candidat Gueron, dem Monarchisten Auguste Dilliver unterlegen. Letzterer erhielt 6411, ersterer 5380 Stimmen. — Man fängt wieder an, von der Reform der Magistratur zu sprechen und pro und contra wird wieder die Frage erörtert, ob man die richterliche Unabsetzbarkeit nicht momentan aufheben müsse, um nur diejenigen Richter im Amte zu belassen, die sich einer Art republikanischer Investitur unterwerfen. Auf jeden Fall wird die äußerste Linke in der bevorstehenden Session diese Frage aufs Tapet bringen. Es scheint, daß der Justizminister Le Royer, der die richterliche Unabsetzbarkeit nicht antasten möchte, den Anträgen der Radicals mit einem Gesetzentwurf zuvorkommen will, welches im Wesentlichen auf folgenden Grundlagen beruht: Das jetzige Richtersonal soll durch die Unterdrückung einer Anzahl von Gerichtshöfen bedeutend eingeschränkt werden. Die Altersgrenze, bis zu der die Richter im Amte bleiben können, soll herabgesetzt werden. Endlich soll die Unveränderlichkeit des Wohnsitzes, welche bisher zu der richterlichen Unabsetzbarkeit gehörte, in Zukunft hinwegfallen. Es ist wohl kaum zweifelhaft, daß durch Einbringung eines solchen Gesetzesvorschlags der Justizminister die Mehrheit vermissen würde, die Forderung der äußersten Linken abzuweisen. Aller Wahrscheinlichkeit nach würden die genannten Maßregeln der Regierung gefallten, binnen kurzer Zeit den größten Theil der antirepublikanisch gesinnten Richter aus der Magistratur zu entfernen. — Ist es ernst oder nicht? Wenn man dem „Journal de Marseille“ glauben wollte, so hätte F. de Lespès offenbar geschworen, alle Landengen von der Landpartie zu freigen. Dieses Blatt zeigt an, daß Lespès in Gesellschaft des General Turrich nach Athen begeben werde, um sich mit der Durchscheidung des Fithmus von Corinth zu befassen. Es fügt seiner Nachricht sogar hinzu, daß die Kosten dieses Werkes schon auf 14 bis 18 Millionen abgeschätzt seien. — Heute ist der Baron Taylor auf dem Père La chaise bestattet worden und trotz des schlechten Wetters folgte nicht nur ein endloser Zug von Leidtragenden, in dem man die neuesten künstlerischen Verühmtheiten von Paris entdeckte, seinem Sarge, sondern es hatte sich auch eine ungeheure Menge auf dem Wege des Leichenzuges und am Kirchhofe eingefunden. Alexander Dumas, der Maler Herbert und E. Thierney sprachen am Grabe.

Großbritannien.

A. C. London, 14. Septbr. [Der Krieg in Südafrika.] Der Kriegsminister hat von Sir Garnet Wolseley folgende Depesche, datirt Umdit, 25. August, erhalten: „Die Situation hier selbst hat seit meinem letzten Telegramm keine Veränderung erfahren. Die Verfolgung Cetewayo's dauert fort. Waffen und königl. Vieh werden täglich übergeben. Oberst Villiers befand sich am 21. d. am Abgange. Oberst Valer-Russell rückt in nördlicher Richtung vor; ich werde mit ihm nöthigenfalls cooperiren.“ Meldungen des Reuterschen Bureaus aus der Capstadt via Madeira besagen: Sir Garnet Wolseley hatte eine Unterredung mit den Häuptlingen aus dem Norden, während welcher Se. Excellenz denselben seine Pläne für die künftige Regierung des Zululandes mittelst unabhängiger Häuptlinge erläuterte. Er ernannte Umgozana zum Häuptling des Territoriums zwischen Ushabe und Wards (?), und Dham zum Herrscher über den zwischen dem schwarzen und weißen Umbolosi gelegenen District Unabelblama. Sir Garnet Wolseley erklärte, das einzige Hinderniß für die Feststellung der Friedensbedingungen bilde die Nichtangestaltung Cetewayo's. Jeder Häuptling, der den König beherberge, werde bestraft werden. Lord Gifford setzt die Verfolgung Cetewayo's fort und hat einen Eingeborenen gefangen genommen, welcher am 21. August versprach, Lord Gifford den Versteckort des Königs im Umbolosi-Busch zu zeigen. Oberst Clarke hat diese Gegend mit 300 Mann umringt. Die Cap-Legislatur hat eine Resolution zu Gunsten der Verlegung des Regierungssitzes zum Bau weiterer Eisenbahnen in der Colonie angenommen. — Das deutsche Schiff „Seban“ ist in der

Algoa-Bai in Folge einer an Bord ausgebrochenen Feuersbrunst gänzlich niedergebrannt.

Provincial-Beitung.

• Breslau, 16. Sept. [Kostkinder-Verein.] In der am 10. September durch Frau Justizrath Krug einberufenen Versammlung der Vorstände des Aufsichtsbereichs für Kostkinder wurden zunächst die 20 Abtheilungen, welche den 20 Volksteilen entsprechen, einer nochmaligen genauen Prüfung unterworfen, als deren Resultat sich ergab, daß einzelne Vorsteher vorläufig mit zwei Abtheilungen betraut bleiben müssen, und daß in einem Bezirk der Polizei-Commissarius noch die Stelle des fehlenden Vorstehers verfehlt. Die rege Theilnahme, welche die Herren Polizei-Commissarien dem Vereine schenken, machte es möglich, die nöthige Anzahl Vorsteher und Vorstandsmitglieder in kurzer Zeit zu gewinnen. Nur fehlen noch immer in einzelnen Bezirken Aufsichtsdamen, die sich der schweren Aufgabe, die Kostkinder bei den Kostfrauen fleißig zu beaufsichtigen, unterziehen, doch hat sich ihre Zahl in neuester Zeit durch freiwillige Anmeldungen auch schon vermehrt. Aber es wächst auch die Zahl der armen unglücklichen Kinder, die nicht bloß beaufsichtigt, sondern auch möglichst unterrichtet werden sollen. Nur zu häufig entziehen sich die Mütter gewissenlos ihrer Verpflichtung, das Kostgeld für die Kinder zu beschaffen, und wiederholt ist der Verdacht aufgetaucht, daß in bestimmten Fällen die Kleinen im Einverständnis oder auf Veranlassung solcher gewissenlosen Mütter einem frühzeitigen Tode geweiht worden sind, der Mund solcher armen Opfer bleibt ja still. Canonicus Dr. Künzler, welcher die Versammlung leitete, hat die zahlreichen Anwesenden dringend, alle Kräfte aufzubieten, um solche Verbrechen an unschuldigen, unglücklichen Kindern möglichst zu verhüten und die freiwillig um Gottes Willen übernommenen Mutterpflichten getreulich zu erfüllen. Freilich könnte und dürfte der Verein kein regelmäßiges Kostgeld für die Kinder zahlen, wohl aber mögen außerordentliche Unterstüßungen von den Vorständen beantragt und gegen die vorchriftsmäßigen Quittungen bei dem Kassencurator Herrn Hainauer — Taschenstraße Nr. 1 — erhoben werden. Sei auch bei den kleinen Fonds des Vereins die größte Sparsamkeit dringend zu empfehlen, so solle doch kein Kind wirklich Noth leiden. Daher könne es nicht dankbar genug hervorgehoben werden, daß der hiesige Magistrat abermals aus der Verwaltung der städtischen Sparkasse tausend Mark mit Genehmigung der Stadtoberordneten und des königlichen Regierungs-Präsidiums dem Verein als Geschenk überwiesen hat. Auch die Gefanglehrerin Frau Mathilde Dietz will dem Vereine wieder einen Beitrag aus einem Wohltätigkeits-Concert zuwenden, das sie im Laufe des Octobers zu diesem Zwecke wie im Interesse des Kinderheims zu

Sammlung von Gott gesegnet sein mögen, damit dieselben im Geist der Kirche dem Vaterlande zum Segen gereichen. Mit den Worten des Apostels, der Sieg, der die Welt überwindet, ist unser Glaube, schloß Graf Hendl seine von lebhaftem Beifall begleitete Rede.

Demnach nahm Erzprieſter Porſch-Doppeln das Wort, um in längerem Vortrage die Schulfrage zu behandeln. Das Wichtigſte derſelben ſei in folgender kurzer Skizze zuſammengefaßt. Der § 26 der Verfaſſung vom Jahre 1850, wonach ein beſonderes Geſetz das Unterrichtsweſen regeln ſoll, iſt heute nach 29 Jahren noch immer unerfüllt. Für das preußiſche Elementar-Unterrichtswesen iſt noch heute das Schul-Reglement vom Jahre 1801 maßgebend, welches man durch eine Reihe von Verfügungen, Declarationen und Beſtimmungen bei den in dem langen Zeitraum eingetretenen Veränderungen auf dem Laufen den zu erhalten geſucht. Jedenfalls iſt die in dem Reglement der Kirche garantierten Grundſätze ſelbſt erhalten. Die Volkſchule ſoll nicht nur unterrichten, ſie ſoll auch erziehen. Der moderne Liberalismus hat auch in der Schulfrage die durch Jahrhunderte geheiligte Ordnung durchbrochen. Er ſucht an Stelle der Religion als Grundlage die allgemeine Volksbildung zu ſtellen und monopolisierte Staatsſchulen ſohne Religion einzuführen, oder er reſpectirt zwar die religiöſe Grundlage, trennt jedoch ſcheinbar im Geiſt der Toleranz die Religion von der Confeſſion. In letzterem Falle — und um dieſem allein handelt es ſich bei uns — gilt ihm die paritätiſche Schule, die ſogenannte Simultanſchule, als Ideal. Im Gegenſatz zu dem überwiegenen Ausſpruch des Leizers eines Nachbar-Staates, „die Jugend ſolle in den politiſchen Grundſätzen der jeweiligen Majorität erziehen werden“, bildet das Wort des Deutſchen Kaiſers „dem Volk ſoll die Religion erhalten bleiben“ einen herrlichen wohlthuenden Gegenſatz. An der Erfüllung und Einlöſung dieſes Kaiſerwortes mitzuwirken, iſt eine der weſentlichen Aufgaben der Kirche. Die Schule hat nach ſittlicher Auffaſſung die Aufgabe, die Jugend durch den Katechiſmus einzuführen in das Bekenntniß der Gemeinde. Hierzu ſei notwendig, daß die Schule ſelbſt Religion habe und zwar keine allgemeine, indefinirbare, ſondern eine auf dem Bekenntniß der Gemeinde beruhende Religion. Eine Religion ohne Bekenntniß ſei ein ebenſo unfas

Breslau, 18. Sept. [Wasserstand.] D.=P. 4 M. 46 Cm. U.=P. — M. — Cm.